Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt., in Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" Eingesandt 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 30 Pfg. für Familiennachrichten 2c.), bei 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Photographische
Apparate
in
reichster Auswahl
bei
Emil Wünsche
Moritzstr. 20
(Nähe der Maximilians-Allee.)
Ausführlicher Catalog nach auswärts gegen 20 Pfg. in Briefmarken.

Modernste Wiener
Corsets
aus dem berühmten Mieder-Atelier „Palerma" in Wien
Heinrich Plaul, Hoflieferant Wallstr. 25.

Baby -Kleidchen -Jäckchen -Mäntel -Hütchen -Häubchen -Mützchen -Schuhchen -Söckchen
Hermann Arndt, Bautznerstr. 46.

WEIN -Handlung -Stuben ←
Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

Sonnenschirme in **grösster Auswahl.** Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus).

Nr. 132. **Spiegel:** Räuberpolitik Englands. Hofnachrichten, Frühjahrsrennen, Marcolinisches Palais, Kunstgewerbemuseum. Gerichtsverhandlungen. Lotterieliste. | Muthmaßliche Witterung: Heiter, trocken, warm. | **Mittwoch, 13. Mai.**

Die geehrten Inserenten der „Dresdner Nachrichten" ersuchen wir dringend, die für die

Freitags=Nummer

bestimmten Inserate uns bereits heute Mittwoch zugehen zu lassen.

Politisches.

Schamloser und prahlerischer hat sich wohl selten der brutale, krämerhafte Egoismus John Bulls enthüllt, als in der letzten Unterhausrede des Kolonialministers Chamberlain, die eine rückhaltlose Rechtfertigung der „Jobber-Reichspolitik" bildete. Mit diesem Worte hat der Führer der Opposition, Harcourt, die südafrikanische Politik Englands zutreffend gebrandmarkt; er äußerte wörtlich: „Die niedrige Moral und der gemeine Ton der chiffrirten Depeschen ist empörend, ein schmutziges, unsauberes Bild einer Jobber-Reichspolitik. Der Ruf des britischen Namens ist der ganzen Welt gegenüber gröblich bloßgestellt worden. Machenschaften dieser Art haben das Schimpfwort vom „perfiden Albion" geschaffen." Durch Chamberlain ist diese Politik der List, der Lüge, der Vergewaltigung, wie sie von dem früheren Premierminister der Kapkolonie Cecil Rhodes und seinen räuberischen Spießgesellen gegen die Transvaal-Republik betrieben worden ist, vom Regierungstische aus sanktionirt worden. Das offene und uneingeschränkte Lob, das Chamberlain der Rhodes'schen Politik zollte, bedeutet die völlige Identificirung der Regierungspläne mit dem Vorgehen dieses „Nationalhelden", der durch seinen Agenten Jameson so schnöde das Völkerrecht mit Füßen getreten hat, so schnöde, daß Präsident Krüger vollauf berechtigt gewesen wäre, diesen Freibeuterhäuptling an dem nächsten Baume aufknüpfen zu lassen. Chamberlain hat erklärt, daß das Ziel Rhodes', das er „leider" nicht durchgeführt habe, das Ziel jeder britischen Regierung bleiben müsse. „Wenn es nicht Engländer, wie Rhodes, gegeben hätte," sagte der Kolonialsekretär weiter, „so würde die englische Geschichte viel ärmer, der britische Besitz viel kleiner sein." Das wagt der Vertreter der englischen Regierung vor aller Welt auszusprechen, nachdem soeben unwiderleglich die Mitschuld Rhodes' und der von ihm geleiteten Chartered Company an dem räuberischen Einfall Jameson's festgestellt worden ist. Rhodes ist in den Augen der Londoner Regierung ein höchst schätzenswerther und brauchbarer Mann, nicht obwohl, sondern weil er in Südafrika das Recht des Stärkeren, die Politik der rohen Gewalt, die auf Völker- und Strafrecht keine Rücksicht nimmt, proklamirt hat.

Ein oppositionelles Blatt hat Rhodes nicht mit Unrecht einen „Jobber" genannt. Er ist der Gründer und die Seele der Chartered Company, die vermöge ihrer „verbrieften Räuberrechte" dahin strebt, die Transvaal-Republik zu einem Anhängsel Englands zu machen, um auf diese Weise ungehindert die reichen Goldfelder des Transvaal ausbeuten zu können. Rhodes besitzt die meisten Aktien dieser Gesellschaft; stark betheiligt an diesem Unternehmen sind ferner hervorragende Männer der englischen Aristokratie und einflußreiche Parlamentsmitglieder aus beiden Parteilagern, u. A. der Herzog von Fife, der Schwiegersohn des Prinzen von Wales, der Kabinetssekretär des Thronerben, der Herzog von Abercorn, Baron Leopold von Rothschild u. s. w. Um die Geschäfte dieser goldgierigen Gesellschaft zu fördern, erfolgte der räuberische Einfall Jameson's, der die Polizeitruppe der Chartered Company führte. Der treibende Beweggrund dieses ruchlosen Friedensbruches war unersättliche Habsucht der niedrigsten Art. Indem Chamberlain das Vorgehen Rhodes' und seiner Genossen vertheidigte, hat er die britische Regierung in den Dienst großkapitalistischer Spekulanteninteressen gestellt. Als die Hauptverschwörer der Nationalunion von Johannesburg, die mit Rhodes, Jameson und den Goldminenspekulanten unter einer Decke steckten, wegen Hochverraths zum Tode verurtheilt wurden, da appellirte Chamberlain sofort an die Gnade des Präsidenten Krüger. „Die Regierung", telegraphirte er an Krüger, „zweifelt nicht, daß Eure Ehren das Urtheil abändern wird, und hat dem Parlament bereits Mittheilung von dieser ihrer Ueberzeugung gemacht." Die „Times" entblödete sich damals nicht, für den Fall der Vollstreckung jenes Urtheils, mit „unversöhnlicher Blutfehde" zwischen Engländern und Buren zu drohen. Liegt bei solcher Haltung nicht der Verdacht nahe, daß man sich in London sehr wohl der eigenen Verantwortlichkeit für die Umtriebe des Cecil Rhodes und seiner Gesellschaft bewußt ist?

Chamberlain hat kein Hehl daraus gemacht, daß die Vorherrschaft in Südafrika das Ziel der britischen Regierung ist. Diese Vorherrschaft schließt nach seiner Ansicht das Recht ein, sich in die inneren Angelegenheiten der südafrikanischen Republik einzumischen, obwohl dieser Staat unabhängig und nur in seiner Bündnißfähigkeit durch den Vertrag mit England beschränkt ist. Nachdem der Hauptschlag gegen die Unabhängigkeit dieses Landes, der Räuberzug Jameson's, kläglich mißglückt war, suchte Chamberlain nach einem Vorwand, sich die Oberhoheit über den Transvaalstaat anzumaßen. Er bezeichnete dessen Verwaltung als „mangelhaft und korrupt" und richtete an den Präsidenten Krüger die unverschämte und beleidigende Forderung, er solle nach London kommen und sich dort gleichsam verantworten. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, daß diese sog. Einladung Krüger's in der gesammten Burenbevölkerung Südafrikas als ein beabsichtigter Affront betrachtet werden müsse. Präsident Krüger ist seinerzeit als Haupt eines souveränen Staates von Kaiser Wilhelm I. in Berlin empfangen worden, und Kaiser Wilhelm II. hat ihm durch seine hochherzige Depesche nach der Vernichtung der Jameson'schen Banden dieselbe Ehre und Anerkennung wie anderen Souveränen erwiesen; das hindert Chamberlain nicht, ihn als Vasallen Englands anzusehen und als solchen nach London zu citiren. Da nun aber die Transvaal-Republik keine Neigung zeigt, ihre Unabhängigkeit aufzugeben und sich als englische Kolonie behandeln zu lassen, so bezichtigt Chamberlain die Buren der Undankbarkeit. Der Kolonialminister nannte in seiner letzten Rede die Konvention von 1881, welche der südafrikanischen Republik ihre Unabhängigkeit wiedergab, einen „Akt großherziger Politik, für den kein Beispiel seitens einer anderen Nation unter ähnlichen Umständen vorhanden ist". Chamberlain vergißt dabei die Hauptsache, daß nämlich dieser Vertrag erst zu Stande gekommen ist, nachdem die Buren die Engländer aus ihrem Lande hinausgejagt hatten. Dankbarkeit, bemerkte Chamberlain, ist vielleicht zwischen Völkern nicht zu verlangen. Damit hat er allerdings vollkommen Recht, soweit es wenigstens die Engländer betrifft. Denn diese Eigenschaft hat niemals einen Bestandtheil der englischen Politik gebildet, deren Triebfeder von jeher nur der krasseste Eigennutz gewesen ist. Wenn England die Selbstständigkeit der südafrikanischen Republik unterdrücken will, so kann es sich nicht auf Gründe der Moral berufen, sondern nach der Rede Chamberlain's ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß es diesen Zweck nur mit dem Mittel der rohen Gewalt erreichen will. Ob die in Südafrika betheiligten Mächte, insbesondere Deutschland, die Vergewaltigung der Buren zulassen würden, ist freilich eine andere Frage.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Mai.

Berlin. Reichstag. Eingegangen ist der Handelsvertrag mit Japan und das Schutztruppengesetz. Die Berathung des Zuckersteuergesetzes wird fortgesetzt bei § 79, Ausfuhrprämie. — Abg. Barth (freis. Ver.): Die Kommission schlägt vor, die bestehenden Prämien zu verdoppeln. Es trägt das, nachdem gestern die Kontingentirung auf 17 Millionen Doppelcentner, gegenüber 14 in der Vorlage, erhöht worden ist, mehr noch als zuvor den Charakter der Liebesgabe und zwar einer Liebesgabe von über 20 Millionen Mark. Es handelt sich um ein Geschenk in die Taschen der Zuckerindustriellen und zwar aus den Taschen der Konsumenten. Dabei ist die Lage der Zuckerindustrie keineswegs so ungünstig. Nach Ansicht des Schatzsekretärs werden hohe deutsche Prämien die übrigen Staaten geneigter machen, in Verhandlungen wegen allgemeiner Abschaffung der Prämien einzutreten; aber je höher unsere Prämien sind, je billiger also England seinen Zucker bekommt, desto geringer wird in England die Neigung sein, zur internationalen Abschaffung der Prämien mitzuwirken, und Frankreich wird seine Prämien noch mehr erhöhen als wir. Wir sollten doch mit dieser Liebesgabenpolitik aufhören, damit nicht für die Folge die Ansicht Oberhand gewinnt, wir seien in Deutschland mit unserer wirthschaftlichen Moral im Sinken. (Beifall links.) — Abg. v. Frege (kons.) erklärt, seine Freunde seien eigentlich für höhere Prämie, für 4 Mark, wie die Regierung sie vorgeschlagen, sie würden aber den Kommissionsbeschlüssen, 2½ Mark, zustimmen, um das Zustandekommen des Gesetzes zu sichern. — Abg. Meyer-Danzig (Reichsp.): Wir haben nur mit schwerem Herzen den Prämiensätzen der Kommission zugestimmt. Nachdem gestern die Betriebssteuer wieder eingeführt worden ist und nachdem es überhaupt so aussieht, als ob zu sehr auf das fiskalische Interesse des Reiches Rücksicht genommen worden ist, muß ich es meinen Freunden vorbehalten, in der 3. Lesung entweder eine Erhöhung der Prämien auf 3 Mark oder eine Herabsetzung der Konsumabgabe auf 20 Mark zu beantragen. Jedenfalls bitte ich, mindestens die Prämie von 2½ Mark jetzt zu bewilligen. — Abg. Graf Bernstorff tritt gleichfalls für die Kommissionsbeschlüsse ein. Wenn auch jetzt die Zuckerpreise wieder gestiegen seien, so sei es doch Pflicht der Regierung und des Hauses, der Wiederholung sprungweiser Produktionskrisen durch dieses Gesetz vorzubeugen. — Abg. Dr. Paasche (nl.): Die Herren Barth und Richter sind nun einmal nicht zu bekehren (Lachen links), sonst müßten sie einsehen, daß diese Liebesgaben-Politik, wie sie es nennen, unsere Industrie erst so hoch gebracht und unseren Konsumenten erst so niedrige Zuckerpreise verschafft hat. Redner bedauert, daß die von der Kommission beschlossenen Prämien noch immer nicht Kampfprämien seien, werde aber mit seinen Freunden für den Kompromiß stimmen. — Abg. Richter: Daß hier Interessenpolitik getrieben wird, könnte ich leicht aus den Listen der gestrigen Abstimmung nachweisen. (Beifall links. Unruhe rechts.) Auch mit Ihrer nothleidenden Zuckerindustrie kommen Sie wieder. Ich kenne aber eine Fabrik in Friedland, die einen guten Abschluß gemacht hat und ihren Rübenlieferanten noch 40 Pfg. für den Doppelcentner Rüben mehr zahlte. Ist es nicht ungeheuerlich, Leuten, die 8 Prozent Dividende beziehen, noch eine solche Liebesgabe nachzuwerfen? Hätten wir niemals Prämien gezahlt, wir würden eben so weit sein, nur würde sich unsere Industrie ruhiger und sicherer entwickelt haben. — Der Kommissionsantrag, Prämien über 2½ Mark, wird mit 159 gegen 110 Stimmen angenommen. Die Kommission hat die Verbrauchsabgabe auf 21 Mark festgesetzt. Nachdem Abg. Richter Herabsetzung auf 20 Mark empfohlen, wird der Kommissionsvorschlag angenommen. Eine größere Debatte entwickelt sich über § 68, welcher die Melassezuckerung einer Sonderabgabe in Höhe des halben Ausfuhrzuschusses unterwirft. — Abg. Müller-Fulda (Centr.) beantragt Streichung dieser Bestimmung. — Staatssekretär Graf Posadowsky befürwortet die Streichung. Der Steuerzuschlag auf die Melassezuckerung bedeute einen Eingriff in die Interna der Industrie. — Badischer Ministerialdirektor Scherer legt dar, daß die Sonderbesteuerung des Melassezuckers kaum technisch ausführbar sein werde. — Nachdem noch die Abgg. Roesicke, Richter und Graf Schwerin gegen die Sonderbesteuerung gesprochen, wird dieselbe mit 162 gegen 106 Stimmen gestrichen. — Weiterberathung morgen; außerdem dritte Lesung der Gewerbenovelle.

Berlin. Der Bundesrath nahm gestern das Schutztruppengesetz gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf über die Wehrpflicht in den Schutzgebieten an, und zwar wurden beide Entwürfe verschmolzen. — Im Abgeordnetenhause antwortete betreffs der Ablehnung des Lehrerbesoldungsgesetzes durch das Herrenhaus Kultusminister Dr. Bosse auf die von den Abgg. Tzschoppe und Frhr. v. Zedlitz gestellte Anfrage, daß die Regierung das Scheitern der vom Abgeordnetenhause mit großem Fleiß durchgearbeiteten Vorlage im Interesse der Lehrer tief beklage, allein die Regierung gebe das Ziel nicht auf, sondern werde dem Landtage bei dem nächsten Zusammentritt im Herbst eine entsprechende Vorlage zugehen lassen. — Die Regierung besteht darauf, daß der Reichstag nicht auseinandergehe, ehe alle die Vorlagen, vor Allem das Bürgerliche Gesetzbuch, die dem Reichstag vorliegen oder noch in den nächsten Tagen zugehen, erledigt sind. Staatssekretär Dr. v. Bötticher hat sich heute in diesem Sinne im Reichstage gegenüber verschiedenen hervorragenden Parlamentariern ausgesprochen und dabei angedeutet, die Regierung rechne darauf, den Reichstag Ende Juli zu schließen. Auch das Abgeordnetenhaus würde noch nach Pfingsten längere Zeit tagen. — Der Bericht, welchen der Landeshauptmann Leutwein über die Unruhen im südwestafrikanischen Schutzgebiete an den Reichskanzler erstattet hat, wird veröffentlicht. In diesem Berichte giebt Leutwein der Möglichkeit Ausdruck, daß die Bewegung mit den Unruhen in Südafrika in Zusammenhang stehe. „Ich habe zwar", schreibt er, „bis jetzt dafür keinen bestimmten Anhaltspunkt, man wird es aber begreifen, wenn ich auch diese Möglichkeit im Auge behalte. Sollten wir am Vorabende eines allgemeinen Herero-Krieges stehen, so würden die Truppen einer bedeutenden Vermehrung bedürfen." (Nach neueren Telegrammen haben die Herero mit den Hottentotten gemeinsame Sache gemacht.) — Die Reichstagskommission für das Bürgerliche Gesetzbuch schloß heute die Berathung des Eherechts ab und wendete sich dann zur Berathung des zweiten Abschnitts des Familienrechts: Verwandtschaft. — Delegirte von 46 deutschen Städten, darunter Dresden, Leipzig und Chemnitz, sind heute mit denen des Deutschen Landwirthschaftsraths und Vertretern des Viehhandels und Schlächtergewerbes zu einer gemeinschaftlichen Berathung hier zusammengetreten. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Prof. v. Langsdorff-Dresden gewählt. Es wurde beschlossen, daß als einheitliche Grundlage für die Preisnotirung, wo bis jetzt noch Fleischgewicht notirt worden ist, fernerhin das Schlachtgewicht angenommen werden soll.

Hamburg. Die „Hamb. Nachr." theilen folgendes Schreiben mit, das Fürst Bismarck an den Grafen Henckel von Donnersmarck auf Neudeck gerichtet hat: „Friedrichsruh, 8. Mai 1896. Verehrter Freund! Es ist mir ein Bedürfniß, bei der 25. Jährung des Frankfurter Friedens Ihnen für die Mitarbeit zu danken, die Sie mir vor und bei den Friedensverhandlungen im Reiche geleistet haben. Besonders wohlthuend ist mir das Gefühl, daß ich diese politische Mithilfe einem langjährigen und sicheren Freunde verdanke. Der Ihrige v. Bismarck."

Hamburg. Der Schriftsteller Hugo Pohle wurde wegen Beleidigung des Polizeiraths Dr. Rosser in einer von Pohle verfaßten, gegen den Hofrath Pollini gerichteten Broschüre zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Frankfurt a. M. Der Magistrat hat am Sonntag folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck gesandt: „Bei dem Beginne des festlich gefeierten Tages, an welchem Eure Durchlaucht hier vor 25 Jahren den denkwürdigen Frieden schlossen, der die herrliche Frucht gewaltiger Kämpfe und Siege dauernd sicherte, senden wir in Ehrerbietung und Dankbarkeit die heißesten Segenswünsche für das fernere Wohlergehen Eurer Durchlaucht, deren Abwesenheit wir schmerzlich empfinden." Hierauf lief von Fürst Bismarck aus Friedrichsruh nachfolgende Antwort ein: „An den Oberbürgermeister Adickes. Euer Wohlgeboren bitte ich, dem Magistrat für die ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank übermitteln zu wollen." — Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts begann heute die Verhandlung gegen 15 Eisenbahnschaffner, die beschuldigt sind, jahrelang einen ausgedehnten Fahrkartenschmuggel betrieben zu haben. Die Verhandlungen werden voraussichtlich zwei Tage dauern.

Bonn. Geh. Rath Finkelnburg ist gestern Abend am Herzschlag gestorben.

Halle a. S. Als Kandidat für die Reichstagsersatzwahl wurde gemeinsam von den Konservativen, Antisemiten und dem Bunde der Landwirthe der Werkzeugmeister Kuchme definitiv aufgestellt.

Neu-Stettin. In einer Ziegelei zu Rummelsburg stürzte in Folge mangelhafter Konstruktion die Trockenscheune zusammen und begrub sämmtliche darin beschäftigten Leute. Zwei Männer und ein junges Mädchen wurden als Leichen aus den Trümmern hervorgezogen, mehrere Arbeiter wurden zum Theil schwer verletzt.

Oldenburg. Im Landtage wurde eine Interpellation eingebracht, weil die Regierung, entgegen den bestimmt ausgesprochenen Wünschen des Landtages, nicht einen technisch gebildeten Schulmann, sondern einen jungen Geistlichen in das evangelische Oberschulkollegium genommen hat. Mit 22 gegen 10 Stimmen wurde eine Erklärung angenommen, daß der verantwortliche Minister Jerr das Vertrauen des Landtages verloren habe.

Karlsruhe. Rektor und Senat der Technischen Hochschule warnen durch Anschlag am schwarzen Brett vor der Duellunsitte, die der Reichstag einstimmig verurtheilt habe. Der Studentenstand habe kein Vorrecht, in Zukunft müsse gegen das Duell in schärfster Weise vorgegangen werden.

Wien. Das Abgeordnetenhaus setzte die Debatte über die Steuerreform fort und nahm Artikel 1 der Vorlage, betr. Neuregelung der Erwerbsteuer und Einführung einer Rentensteuer und einer persönlichen Einkommensteuer mit 161 gegen 33 Stimmen an.

Rom. Anläßlich des Ueberfalles auf den Herzog von Meiningen sind wegen Außerachtlassung der schuldigen Fürsorge der Polizeikommissar und der Wachtmeister der Gendarmerie von Frascati im Disziplinarwege bestraft worden.

Brüssel. Jean Volders, der Begründer und bedeutendste Führer der belgischen Sozialistenpartei, ist vergangene Nacht im Irrenhause gestorben.

Rotterdam. Die Polizei, eine Abtheilung von 80 Marinesoldaten und die Bürgergarde sperren sämmtliche Quais und Häfen an der Maas ab, damit die nichtausständigen Schiffsentlader unbehelligt arbeiten können. Die Ausständigen durchziehen alle nicht abgesperrten Theile der Stadt. Ernstliche Unruhen sind bis jetzt nicht vorgekommen.

London. Mehrere Großaktionäre der Chartered Company beschlossen, einen Prozeß gegen den Direktor Beit anzustrengen auf Ersatz des der Gesellschaft durch die Anzettelung des Einfalls Jameson's in Transvaal zugefügten Schadens.

Petersburg. Der ehemalige französische Minister des Aeußeren, Flourens, ist mit zwei Ingenieuren hier eingetroffen.

Friedrich & Glöckner. Neue erste Filiale Dresden-N., Bautznerstr. 27.